Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.
Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.
Donnerstag, 8. November.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

XXII. Jahrgang. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Dresden, 1877.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Ab. 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfgr. Eingesandt die Zeile 30 Pfgr. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Politisches.

Schon oft ist Osman Pascha nach allen Regeln und Traditionen der Kriegskunst verloren gesagt worden, daß es nicht undenkbar erscheint, er werde auch diesmal wieder alle militairische Voraussagungen Lügen strafen. Diese haben ihn freilich aufgegeben. Zu einem Durchbruch aus Plewna hervor fehlt es ihm an Artillerie- und Trainbespannung; gelänge selbst der Durchbruch, so müßte er eine offene Feldschlacht gegen einen überlegenen Gegner annehmen. Nur ein Entsatzheer könnte ihn retten. Ein solches sammelt Mehemed Ali. Diesem entgegenzuziehen, ist die Aufgabe der russischen Garden, die Gurko zu einem Corps vereinigt hat und das, wenn nicht Alles trügt, seine Vereinigung mit den Serben bewerkstelligen soll. Es ist nämlich Thatsache, daß die Serben loszuschlagen im Begriff stehen. Sie haben soeben von Rußland durch den Staatsrath Persiani eine Million Rubel als Subsidie erhalten und in aller Stille, während sie feierlichst ihre friedlichen Gesinnungen betheuerten, den Vormarsch gegen die türkische Grenze begonnen. Ihre Hauptmacht, auf 24,000 Mann geschätzt, hat die Bestimmung, die Straße nach Sophia zu gewinnen, dem Corps Gurko's die Hand zu reichen und das Entsatzheer Mehemed Ali's zurückzuschlagen. Unterdessen verdichtet sich der Ring, welcher Osman in Plewna umschließt, immer mehr. Der Ausgang der zwischen Mehemed Ali und Gurko bevorstehenden Feldschlacht erscheint daher als für die Zukunft Osman's in Plewna zunächst maßgebend. — In Armenien dürfen die Russen mit dem Fortgange ihrer Operationen zufrieden sein; abermals verzeichnen sie einen Sieg über Moukhtar in der Nähe Erzerums, dessen Cernirung bevorsteht.

Am Mittwoch traten in Versailles die französischen Kammern zusammen. In der Deputirtenkammer wird man so schleunig wie möglich den Marschall-Präsidenten zur Rechenschaft ziehen wollen. Dieser klammert sich an seinen Sitz „wie ein schlechter Reiter an die Mähne seines Pferdes"; er hat das bisherige Ministerium wie seine Wäsche gewechselt, es nur entlassen, um ihm die Qual zu ersparen, die von ihm verübte unerhörte Vergewaltigung des Landes seit dem 16. Mai persönlich zu vertheidigen. Das neue Ministerium ist bestimmt, im Geiste des alten zu regieren, und begegnet daher von dem ersten Augenblicke seines Daseins an dem ausgesprochensten Mißtrauen der Republikaner. Es wird vor ihren Augen keine Gnade finden, und ein scharfes Mißtrauensvotum der Kammer wird rasch da sein, um es unter das alte Eisen zu werfen. Es fragt sich, wie der Marschall einen solchen Versuch beantworten wird. Er liebt es nicht, „unter dem Knebel der Verfassung zu röcheln". In vortrefflicher Weise hat vor wenig Tagen einer der republikanischen Senatoren, Herr Cambon, die unerläßlichen Bedingungen der Republikaner für die fernere Haltung Mac Mahon's dahin präcisirt:

„Das Land", sagte er, „verlangt, daß der Präsident keine andere Politik treibe, als diese, die Befehle der nationalen Souveränetät genau und treu zu vollstrecken; die Regierung muß darum ausgeübt werden durch Minister, die verantwortlich sind und das Vertrauen der Männer haben, die das Land zu seinen Vertretern gewählt hat. Das Land verlangt die Befestigung seiner Einrichtungen und das Ende der Intriguen, die unter dem Vorwande der Verfassungsmäßigkeit die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen lassen. Das Land will das Aufhören der persönlichen Politik, die allein an allem Unglück die Schuld trägt; es will in Sicherheit arbeiten, seine Erholung vollenden, seine Stellung in der Welt wieder einnehmen, ohne Drohung gegen irgend Jemand, und es will nicht, daß durch unpatriotische Tendenzen der Friede gestört werde. Das Land will, daß die Religion geehrt und der Clerus geachtet sei, aber es will nicht, daß der Clerus die Grenzen der Kirche überschreite und sich in den Streit der Parteien mische. Das Land will endlich, daß die Beamten, die dazu da sind, die Achtung vor dem Gesetze zu pflegen, keine Gegner des Gesetzes seien; das Land will, daß die öffentlichen Stellen nur solchen Männern anvertraut werden, welche seinen Institutionen aufrichtig ergeben sind." Zum Schluß stellte auf Grund dieser Forderungen der Redner eine entsprechende Lösung des Conflictes in Aussicht. Daß das Cabinet Pouyer-Quertier eine solche Lösung nicht ist, das ist klar.

Wenn Deutschland nicht auf den von Oesterreich vorgeschlagenen Zoll-Vertrag auf Grundlage der Meistvergünstigung eingeht, so steht uns vom Januar künftigen Jahres ab der Zollkrieg mit Oesterreich bevor. Neben dieser erbaulichen Aussicht gewinnt die nicht minder freundliche Perspektive auf namhafte Erhöhung der indirecten Steuern im deutschen Reiche immer schärfere Umrisse. Als Hauptquelle der Steuer-Erhöhung ist der Tabak in's Auge gefaßt. Nicht blos die mißliche Finanzlage des Reiches, die sich immer fühlbarer machenden Folgen des völkerverzehrenden, bewaffneten Friedens führt man als Grund dieser Steuer-Erhöhung an, sondern namentlich den Wunsch des Fürsten Bismarck, sich in Finanzsachen und in Geld-Bewilligungen völlig unabhängig von dem guten Willen des Reichstages zu machen. Zur Bewilligung directer Steuern, z. B. der Matricular-Beiträge, bedarf es der jährlichen Zustimmung der Volks-Vertretung. Zu dem Bezahlen der Zölle und der indirecten Abgaben aber ist nur ein einmaliges Ja! nothwendig und in alle Zukunft hinein werden diese Abgaben verhüllt in dem höheren Preise der Verbrauchsgegenstände unmerklich vom Volke abgeliefert. Nun ist es gewiß richtig, daß der Tabak eine höhere Steuer verträgt, und wenn man hört, daß im Reiche 93 Pf. pro Kopf vom Salz-Verkauf und nur 35 Pf. vom Tabaksgenuß erhoben werden, so springt es in die Augen, daß dieses Mißverhältniß Abhülfe verlangt. Aber nur mit Zittern und Zagen hören wir jetzt das Wort „Steuer-Reform" aussprechen, denn es ist gleichbedeutend mit „Steuer-Erhöhung." Wenn die Salzsteuer, die drückendste und dem Armen empfindlichste aller indirecten Steuern, völlig beseitigt und die Tabaksteuer um den gleichen Betrag erhöht würde, so ließe sich dagegen Nichts einwenden, obwohl wir vor der Illusion warnen, daß das Salz dann um den Betrag der Steuer im Einzel-Verkauf billiger werden würde. Aber man trägt sich in Varzin mit einer ganz gewaltigen Erhöhung der Tabaksteuer und die Einführung des Tabaks-Monopols, wie z. B. es Oesterreich hat, wird nur der unvermeidliche Schlußstein dieser Politik sein. Dann wird man nicht mehr für wenige Pfennige eine im Ganzen doch leidliche Cigarre schmauchen können; der gemeine Mann wird sich die Cigarre ganz abgewöhnen und wieder zur Pfeife greifen müssen, dann werden die prächtigen Cigarren-Gewölbe aus den Straßen verschwinden, der Privat-Verkauf von Cigarren wird aufhören; wir bekommen einen Reichs-Tabaks-Verschleiß und eine Menge von Menschen, die als unabhängige Privatleute bisher sich vom Cigarrenhandel nährten, werden als vom „Aerar" abhängige Verschleißer in einem trübseligen Büdchen mit etlichen Nummern Nickel-Cigarren, nebenbei vom Brief- und Stempel-Marken-Verkauf sich durch's Leben zu schlagen suchen.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Paris, 6. November, Abends. Das Kabinet Pouyer-Quertier war gestern Abend vollständig gebildet, heute Morgen wurde Alles durch den Umstand in Frage gestellt, daß eine Anzahl Mitglieder von der Majorität des Senats Pouyer-Quertier mittheilte, sein Kabinet werde keinesfalls auf ihre Unterstützung rechnen können. Es tritt deshalb das seitherige Kabinet vor die Kammern.

Versailles, 7. November. Die Sitzung der Deputirtenkammer eröffnet Desseaux als Alterspräsident, da der Socialist Raspail wegen Unwohlseins abwesend ist. Er gedenkt dieser Umstandes in der Eröffnungsrede. Er hob unter lebhaftem Beifall die Verdienste von Thiers hervor und erklärte: die gegenwärtige Kammer werde wie ihre Vorgängerin sich es angelegen sein lassen, für die Befestigung der Republik thätig zu sein und sie gegen jeden Angriff, woher er auch komme, vertheidigen. Er schloß: es lebe die Republik und der Friede! (Lebhafter Beifall!) Grevy wurde als provisorischer Präsident mit 390 Stimmen gewählt, 170 Stimmzettel waren unbeschrieben. — Die Sitzung des Senats verlief ohne Zwischenfälle. Auf die Tagesordnung wurde der Gesetzentwurf über die Reform des Generalstabs gestellt.

Konstantinopel, 6. November. Von der Regierung werden folgende Nachrichten verbreitet: Reouf Pascha meldet aus Schipka vom 5., nach Sturmwind, Regen und Schnee, die bis Sonntag angedauert, sei schlechteres Wetter eingetreten, türkischerseits habe man feindliche, mit Beischaffung von Holz beschäftigte, oder dabei als Eskorte dienende Abtheilungen beschossen und denselben Verluste beigebracht. Auch am 5. habe Geschütz- und Gewehrfeuer fortgedauert. Der Feind habe sich durch Streitkräfte, die aus Gabrowa beigezogen worden seien, verstärkt. — Suleiman Pascha berichtet unter dem 5., bei einer ausgeführten größeren Recognoscirung seien drei vom Feinde im Thale von Marlano, seitlich von Elena, erbaute Schanzen genommen und zerstört worden.

Petersburg, 7. November. Offiziell wird aus Bogot gemeldet: Am 5. November rückte General Skobeleff mit einem Theil der Avantgardentruppen vor. Die auf der Avantgardenposition links von Brestowitza errichteten Batterien eröffneten mit Tagesanbruch ein Salvenfeuer. Am 2. November drangen Leib-Dragoner über Kamarawo bis Dschurawolo vor, schlugen auf dem Wege nach Straza eine Partie Tscherkessen, dabei 100 Wagen, 370 Rinder und 400 Schafe erbeutend. Die Ulanen besetzten die Straße von Rahowa-Widdin, beschädigten die Telegraphen bei Rahowa-Lompalanka. Am 5. November recognoscirten wir bis Rahowa, fanden dasselbe befestigt und von 1500 Mann Infanterie und 3 Geschützen besetzt. Ein Theil der türkischen Truppen zog sich aus Rahowa gegen Lompalanka zurück. Die türkische Bevölkerung flüchtet auf der Chaussee nach Sofia.

Locales und Sächsisches.

— Der Krankheitszustand J. M. der Königin-Mutter dauert unverändert fort. Es fehlt der hohen Patientin vollständig an Appetit; ihr Bewußtsein ist klar und sie kennt ihren Zustand, obwohl sie ihn nicht für sehr besorgnißerregend ansieht. Es läßt sich noch nicht übersehen, ob die Schwäche ihrer Kräfte in ein sanftes Hinüberschlummern übergeht oder eine Erholung wieder eintritt. Sofort nach der Erkrankung der hohen Frau ist an ihre Tochter, die Herzogin von Genua, und ihren Schwiegersohn, den Erzherzog Carl Ludwig, telegraphirt worden. Die Herzogin von Genua ist, wie wir vernehmen, durch eigenes Unwohlsein augenblicklich an der Hierherreise behindert; der Erzherzog Carl Ludwig traf gestern Vormittag mit dem Wiener Courierzug auf dem Böhmischen Bahnhofe ein, von wo ihn S. M. der König persönlich abholte und nach seinem Absteigequartiere, dem Palais am Taschenberge, geleitete.

— Landtag. Den 1. Gegenstand der gestrigen Sitzung der 2. Kammer bildeten verschiedene Umgestaltungen im Landhause wie im anstoßenden Schneider'schen Hause. Die Regierung schlägt vor, von einem Umbau des Schneider'schen Hauses, der 128,278 M. kosten würde, abzusehen, für den Fall aber, daß die Gewinnung von weiteren Räumen für ständische Zwecke (zu den Fractionssitzungen) noch für wünschenswerth zu erachten sein sollte, diesen Zweck durch eine partielle, zugleich mehrfache andere Uebelstände beseitigende Umgestaltung des Innern des Gebäudes zu erreichen und die Oberrechnungskammer anderwärts unterzubringen. Diese Umgestaltungen würden, ohne Rücksicht auf die Kosten der Verlegung der Oberrechnungskammer, 22,846 M. kosten. Abg. Hartwig beantragt, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage von einem Umbau des Schneider'schen Hauses abzusehen. Abgeordneter Penzig erklärt, daß sich die Linke in dieser Beziehung mit der Rechten in Harmonie befinde. Abg. Dr. Schaffrath kann sich nicht darüber freuen, daß die Regierung das Fractionswesen durch Rücksichtnahme auf Fractionssitzungen gewissermaßen offiziell anerkenne. Ob das Fractionswesen eine Wohlthat sei, wolle er dahingestellt sein lassen. Um Fractionsräume zu schaffen, bewillige er erst recht kein Geld. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz ist mit diesen Ausführungen vollkommen einverstanden und erklärt, dieselben mit ganzem Herzen unterschreiben zu können. Er glaube auch, daß man in Sachsen feste Fractionsverbindungen entbehren könne. Die Regierung habe aber nicht geglaubt, darüber Vorschriften zu machen, ob das Fractionswesen zu beschränken sei. Vicepräsident Dr. Pfeiffer wünscht, daß alle Fractionen in einem Fractionszimmer vereint ihre Berathungen hielten. (Heiterkeit). Abg. Kirbach glaubt nicht, daß wir soweit seien, um das Fractionswesen ganz aufheben zu können. Dasselbe würde übrigens von der Rechten am meisten gepflegt. Abg. Dr. Minckwitz findet, daß die Vorberathung in den Fractionen für die Plenarsitzung sehr förderlich sei. Die Vorlage wird der Finanz-Deputation übergeben. — Hierauf tritt die Kr. in die Berathung über Errichtung eines Gebäudes in Berlin für den Gebrauch der sächsischen Bevollmächtigten zum Bundesrathe und der Gesandtschaft ein. Die Regierung hat bereits mit Vorbehalt der ständischen Genehmigung ein Grundstück an der Voßstraße für den Preis von 360,000 Mark gekauft. Der Bauaufwand ist seitens zweier Berliner Architekten auf 406,382 Mark veranschlagt und so beantragt denn die Regierung, mit Berücksichtigung einer kleinen Reserve für Nebenarbeiten, die Bewilligung von 780,000 Mark. Abg. Starke-Mittweida ist in Anbetracht unserer gegenwärtigen Finanzlage ob dieser Forderung sehr überrascht und rechnet der Kr. vor, daß dadurch der Staatskasse ein Mehraufwand von jährlich 50,000 Mark erwachse. Uebrigens habe man es hier nur mit einem Anschlage zu thun und was von Anschlägen zu halten, sei wohl vom Bau des Polytechnikums und des neuen Hoftheaters her erinnerlich. Unter einer Million werde in Berlin ein solches Gebäude nicht hergestellt und für Luxusbauten sei jetzt kein Geld da. Abg. Richter-Tharandt ist für die Vorlage. Er bemerkt, wohl mehr scherzweise, daß, wenn sich die sächsischen Architekten bei ihren Anschlägen verrechnet, die Berliner dies wohl vermeiden würden. Abg. Dr. Minckwitz hält es auch für wünschenswerth, daß eine Concentrirung der sächsischen Vertreter in Berlin herbeigeführt werde. Er ersucht die Regierung, nicht nur ihrer Vertreter, sondern auch der Reichstagsabgeordneten zu gedenken und die Diätengewährung im Bundesrathe zu befürworten. Es müsse der Regierung selbst daran liegen, wenn Sachsen durch tüchtige Abgeordnete in Berlin vertreten sei. Abg. Dr. Stephani hat große Sympathie für die Vorlage; sei es auch nur eine Aeußerlichkeit, wenn sich Sachsens Vertreter häuslich in Berlin niederlassen, so werde doch dadurch das Verhältniß zum Reiche ein angenehmeres. Nur glaube er auch, daß durch (Ermiethung eines Gebäudes mit geringeren Kosten dasselbe erzielt werde. Staatsmin. v. Nostitz-Wallwitz: In jetziger Zeit stelle die Regierung gewiß nicht gern eine derartige Forderung; hier sei sie aber durch die Nothwendigkeit dazu veranlaßt worden. Von persönlichen Annehmlichkeiten, die man etwa dadurch betr. Beamten schaffe, könne nicht die Rede sein. Abg. Speck ist gleichfalls von der Nothwendigkeit eines Neubaues nicht überzeugt, während Abg. Hartwig darzulegen sucht, daß sich die Kosten der Erwerbung und Umgestaltung eines älteren Grundstücks ebenso hoch belaufen würden, als bei einem Neubau. Die Vorlage wird dem Finanzausschuß überwiesen. — Zur Schlußberathung über die Zuziehung nicht staatsangehöriger junger Leute zur Fortbildungsschule waren Abg. v. Ehrenstein als Referent, Abg. Kirbach als Correferent bestellt. Ersterer schlug vor, es bei der an die 2. Kr. gelangten Mittheilung bewenden zu lassen. Diese Mittheilung besagt, daß mit der österreichischen Regierung eine Vereinbarung dahin getroffen ist, daß die den im österr. Reichsrath vertretenen Länder angehörenden Kinder, welche sich in Sachsen aufhalten, wie Inländer zum Besuche der Schule (Volks- wie Fortbildungsschule) heranzuziehen sind. Nach den mit der preußischen und anderen deutschen Regierungen getroffenen Verträgen sind dagegen reichs- aber nicht staatsangehörige junge Leute der inländischen Fortbildungsschule dann nicht weiter zu unterwerfen, wenn sie in ihrer Heimath der dort normirten Schulpflicht bereits völlig Genüge geleistet haben. Der Correferent Abg. Kirbach bedauert, daß mit den blutsverwandten deutschen Staaten nicht dasselbe erreicht worden sei, als mit Oesterreich, und beantragt: die Regierung zu ersuchen, daß dieselbe auf eine Abänderung der mit einigen deutschen Staaten bereits abgeschlossenen und bezw. noch abzuschließenden Verträge in dem Sinne hinwirken möge, daß die Angehörigen dieser Staaten der sächs. Fortbildungsschulpflicht in demselben Maße wie die österr. Staatsangehörigen unterworfen werden. Staatsminister Dr. v. Gerber legte dar, daß die Verträge mit Preußen und den übrigen Bundesstaaten gar nicht in Beziehung auf die obligatorische Fortbildungsschule abgeschlossen worden, daß aber in dem Augenblicke, wo die anderen deutschen Staaten die obligatorische Fortbildungsschule einführen, das erreicht werde, was wir wünschen. Bei der Bereitwilligkeit, welche die Regierung ständischen Anträgen gegenüber stets gezeigt, müsse sie doch wünschen, daß nicht Anträge an sie gerichtet würden, die keine Aussicht auf Erfolg haben. In Sachsen und Oesterreich war für die getroffene Vereinbarung eine Basis durch das Bestehen von Fortbildungsschulen in beiden Ländern gegeben, anders in Preußen, wo die obligatorische Fortbildungsschule z. Z. noch nicht besteht. Abg. Heger bedauert, daß nicht günstigere Verträge mit Preußen zu erzielen waren und macht auf die Uebelstände aufmerksam, welche durch die Ungleichheit bezüglich der Verpflichtung zum Fortbildungsschulbesuch herbeigeführt werden. Er würde zu demselben Antrage wie der Correferent gelangt sein, wenn er sich davon einen Erfolg versprechen könnte. Abg. Streit wünscht einestheils wegen der voraussichtlichen Erfolglosigkeit, andererseits darum, weil die Fortbildungsschulfrage bei uns noch nicht endgiltig festgestellt ist, daß Abg. Kirbach seinen Antrag zurückziehen möge. Schließlich wird der Antrag des Referenten angenommen, der Antrag des Correferenten abgelehnt.

— Der bisherige Privatdocent an dem kgl. Polytechnikum zu München, Dr. phil. Max Carl Ludwig Schmidt ist unter Verleihung des Titels „Professor" als Lehrer für Geodäsie und Markscheidekunst bei der Bergakademie zu Freiberg angestellt worden.

— Wie schon erwähnt, überreichte am 6. d. eine Deputation des Pferdezüchtervereins im Meißner Kreise und einer großen Anzahl anderer Pferdezüchter in Sachsen dem früheren Landstallmeister Herrn Oberst v. Mangoldt zum Zeichen der Dankbarkeit und in Anerkennung seiner hohen Verdienste um die Pferdezucht im Königreiche Sachsen ein werthvolles, von der Firma Heinrich Mau in Dresden in kunstvoller Weise hergestelltes Andenken, bestehend in einem silbernen, mit Gold verzierten Tafelaufsatze. (Gravirt von F. O. Jahn, Schloßstr.) Die gewählte Deputation bestand aus den Herren Oekmichen auf Choren, Grafen von Einsiedel auf Mikkel, Oekonomierath Steiger in Meißen und Gutsbesitzer Philipp in Strölla bei Döbeln, der sich eine Anzahl anderer Pferdezüchter angeschlossen hatte. Herr Oekmichen hielt an Herrn Oberst von Mangoldt eine sachgemäße und, wie zu bemerken war, wahrhaft von Herzen kommende Ansprache, welche in gleicher Weise und ebenso herzlich erwiedert wurde. Möge diesem hochverdienten Veteran sächsischer Staatsdiener im Kreise der Seinen noch viele Jahre ein heiterer und froher Lebensabend beschieden sein und er im Bewußtsein treu erfüllter Pflicht den Lohn finden, den ihm sonst Niemand gewähren kann.

— Das große Loos fiel gestern auf Nr. 13,179 und zwei Achtel in die hiesige Collection von Ullmann, Maximilians-Allee. Ein Postelève und eine arme Schuhmachersfrau, Pragerstraße unterm Dache wohnhaft, haben je ein Achtel der Nummer gespielt. Ein Achtel hatte auch die Collection von Victor Neubert hierselbst. — Zwei Maurer in Leipzig hatten gemeinsam ein Achtel gespielt und fielen damit in den am 5. d. M. gezogenen Gewinn von 200,000 Mark, so daß sie zusammen 21,000 Mark gewannen. Der dortige Collecteur Schäfer eilte sofort auf den Bau, auf welchem Beide beschäftigt waren, um ihnen die Freudenbotschaft zu bringen und sich an dem Jubel der Gewinner zu weiden. Die Männer nahmen ihr Glück aber ziemlich ruhig auf; sie arbeiteten weiter, als ob nichts passirt sei, jedoch nach Schluß der Arbeit ließen sie ihren Kameraden Bier auffahren. Ihren Gewinn wollen sie nicht eher in Empfang nehmen, als nach Schluß der Ziehung.

— Infolge der schweren Erkrankung J. M. der Königin-Mutter sah sich der Albertverein in der Nothwendigkeit, die auf heute projektirte Eröffnung seiner Ausstellung im Zeughause noch um Etwas zu verschieben. Der Eintrittspreis wird 50 Pf. betragen, an zwei Tagen der Woche jedoch 1 Mark. Von besonderer Wirkung soll ein Königs-Pavillon sein, den die Herren Architekten Hauschild und Eltzner aus einem geradezu unscheinbaren Raume auf das Geschmackvollste herzustellen verstanden haben. Die Ausstellung wird von Morgens 10 Uhr bis Abends 8 Uhr dem Publikum geöffnet sein. Die Proben mit den neuesten Heizungs- und Beleuchtungsapparaten sollen geradezu überraschende Resultate ergeben haben.